

Original wöchentlich zweimal mit Wochenschrift „Der Weltmarkt“... „Wirtschafts-“, „Rundschau“, „Technische Rundschau“, „Mittwochliche Welt-“, „Wochenblatt“, „Wochenschrift“, „Wochenspiegel“, „Wochenspiegel“, „Wochenspiegel“... Preis: wöchentlich 1,20, monatlich 3,60...



Verlags- und Abonnement-Kennzeichen in Berlin: Hauptredaktion SW. 19, Postfach Nr. 4-10, Glienicker Str. 61, Bismarckstr. 69, Fennertstr. 1, Glienicker Str. 10, Postfach Nr. 4-10, Glienicker Str. 10, Postfach Nr. 4-10... Druck und Verlag: Rudolf Roffe in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 420 Ausgabe für Berlin 56. Jahrgang Mittwoch, 5. Oktober 1927

Konjunktur und Arbeitsmarkt.

Ein Bericht und eine Prognose. Von [Rothbrud verboten.]

Sektionschef im Internationalen Arbeitsamt.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat seit Kriegsende stärkere Schwankungen gezeigt, als sie in Deutschland vor dem Kriege und im Ausland nach dem Kriege im allgemeinen beobachtet worden sind. Wir haben diese Wellenbewegung hier von Jahr zu Jahr verfolgt. Ihre Täler und Berge fanden ihren Ausdruck in den Ziffern der unterfertigten Erwerbslosen: über 1 Million in der Demobilisationszeit, 15 000, also praktisch Null, im Inflationsommer 1922, dagegen 2 1/2 Millionen nach der Ruhrbesetzung und auf der Höhe der Inflation zu Ende 1923, wieder nur 200 000 im Juli 1925, dagegen über 2 1/2 Millionen zur Zeit der Vertrauenskrise im Februar 1926, anderthalb Millionen im Spätherbst 1926, wieder fast 2 Millionen im Januar 1927. Auch wenn man die Saisonentlastung infolge Mehrbeschäftigung von 4 bis 500 000 Personen in den Außenberufen im Sommer ausrechnet, bleiben noch riesige Schwankungen einer durch politische, finanzielle und wirtschaftliche Vorgänge immer wieder gestörten Konjunkturentwicklung.

Seit dem Frühjahr 1927 hat die Erwerbslosenziffer (einschließlich derjenigen in der Kräftensicherung) außerordentlich stark abgenommen. Man zählte unterfertigte Erwerbslose in Laufenden im Februar 1924, März 1924, April 1924, Mai 1924. Seit diesem Zeitpunkt, an dem unser letzter Bericht entstand (vgl. „Berliner Tageblatt“ Nr. 284 vom 15. Juni 1927), hat sich das Maß der Besserung, wie erwartet, abgezeichnet. Man zählte unterfertigte Erwerbslose in Laufenden Mitte Juni 806, Juli 674, August 576. Für Mitte September dürfte mit einer noch etwas niedrigeren Ziffer zu rechnen sein. Das Zahlenbild der Erwerbslosenverhältnisse findet seine Bestätigung durch alle anderen Methoden der Arbeitsmarktforschung. Der Prozentsatz der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder hat zu Anfang Februar 16,5, Juni 7, August 5,5 betragen und dürfte für Anfang September etwa bei 5 liegen. Die Antragsziffer der öffentlichen Arbeitsnachweise, d. h. die Zahl der Arbeitsangebote auf 100 offene Stellen, ist von 648 im Januar auf 258 im Juli zurückgegangen und wird jetzt nicht viel über 200 liegen. Alle diese Ziffern lassen einen Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Jahresbeginn auf weniger als ein Drittel erkennen. Entsprechend gefunden ist auch die Kurzarbeit. Die Besserung des Arbeitsmarktes, die sich in dieser Entlastung der Passivkonten kundtut, findet ihre Bestätigung in der Steigerung der Aktivkonten. So berichten die Krankenkassen eine Zunahme der Beschäftigtenziffer seit Jahresbeginn um mehr als 15 Prozent. Die Berichte aus der Industrie ergeben für den gleichen Zeitraum einen Rückgang des Ausmaßes der schlechten Beschäftigung von 37 auf 16 Prozent, eine Zunahme der betrieblichen Beschäftigung von 38 auf 54, der guten Beschäftigung von 24 auf mehr als 30 Prozent.

Wenn auch seit Beginn des Sommers das Ausmaß der Besserung sich verlangsamt hat, so hat es kaum an Bedeutung verloren. Denn kam in den Frühlingmonaten ein verhältnismäßig hoher Anteil der Anforderungen von Arbeitskräften auf der Saisonauffüllung der Landwirtschaft, so ist im zweiten Jahresdrittel die Industrie stärker in Erscheinung getreten. Seit Mai konnte der Bergbau die Erwerbslosenziffer noch weiter von 1,7 auf 1,3 Prozent herabdrücken, der Maschinenbau und die Metallverarbeitung von 9,1 auf 6,7, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe von 12,4 auf 9,7. Einer saisonmäßigen Verschlechterung in der Bekleidungsindustrie folgte eine weitere Verbesserung im Spinnstoffgewerbe (von 3,5 auf 2,6 Prozent Arbeitslose) gegenüber. Der Rückgang des Prozentsatzes der Erwerbslosen hat sich in der Lederindustrie von 9,7 auf 9,1, in der Papierindustrie von 8,8 auf 6,9, in den graphischen Gewerben von 3,8 auf 3,7 bewegt. Die Besserung des Beschäftigungsgrades in diesen und in den übrigen Industrien spiegelt sich wieder im Rückgang des Prozentatzes der Erwerbslosen bei den Verbänden der Fabrikarbeiter von 7,7 auf 5,2, der Maschinenisten und Setzer von 6,6 auf 5,7, des Verkehrsbundes von 7,2 auf 5,9.

Eine ganz erhebliche Besserung auch des industriellen Arbeitsmarktes ist nach dem allen unverkennbar. Sie ist zu bedauern, daß sie stellenweise beunruhigend gewirkt hat. Allerdings wird die Frage nach der vorläufigen Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes erörtert. Die Frage ist diesmal besonders schwer zu beantworten. Als feststehend muß angesehen werden, daß die Außenberufe bis zur Jahreswende eine halbe Million Arbeitskräfte entlassen werden, wohl etwas mehr als in früheren Jahren, infolge der stärkeren Beschäftigung einheimischer Saisonkräfte in der Landwirtschaft und der ausgesprochenen Konjunktur des Baugewerbes. Diese Entwicklung wird naturgemäß auch den Geschäftsgang gewisser, von den Außen-

Gegen Reudells Schulgesetz.

Die Abänderungsanträge der Länder. — „Der Entwurf in der vorliegenden Form unannehmbar.“

Die Instruktionen Badens und Hessens.

Dreiviertelmehrheit für Aenderung der Schulart. — Einstimmige Sanction des badischen Kabinetts.

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, hat das badische Gesamtministerium in der vorigen Woche endgültig Stellung zum Reichsschulgesetzentwurf genommen, um für den Beginn der Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen am geistigen Tage die entsprechenden Instruktionen an die badischen Reichsratsbevollmächtigten geben zu können. Der § 20 des Reichlichen Schulgesetzentwurfes über die Schulverhältnisse in den Simultanschulgebieten, zu denen bekanntlich in erster Linie Baden gehört, steht vor, daß die Umstellung der Schulverhältnisse in diesen Ländern innerhalb von fünf Jahren durchgeführt sein muß. Die badische Regierung hat nun beschlossen, zu beantragen, daß diese Übergangszeit auf eine mehr als doppelt so lange Frist, nämlich auf zwölf Jahre, erhöht wird. Außerdem wurde beschlossen zu beantragen, daß für die Umwandlung der bestehenden Schularten nicht, wie im Reichlichen Entwurf vorgesehen, eine Zweidrittelmehrheit, sondern eine Dreiviertelmehrheit festgesetzt wird. Das würde praktisch bedeuten, daß für eine Aenderung der Simultanschulen in Baden und den anderen in Frage kommenden Ländern 75 Prozent der Eltern stimmen müßten. In der Frage der Erstellung und der Beaufichtigung des Religionsunterrichtes soll eine Aenderung der §§ 14 und 16 des Entwurfs der Reichsregierung dahin angestrebt werden, daß eine Uebernahme der in Baden bereits geltenden Vorschriften auf das ganze Reichsschulgesetz erfolgt. Die badischen Anträge gehen also über die preussischen Vorschläge hinaus. Von diesen beiden besonderen Anträgen abgesehen, ist weiter beschlossen worden, sich im übrigen den preussischen Vorschlägen anzuschließen.

Die Bedeutung dieser Stellungnahme der badischen Staatsregierung liegt darin, daß sie, wie wir hören, auf

einem einstimmigen Beschluß des badischen Gesamtkabinetts beruht. In Baden regiert bekanntlich die Weimarer Koalition. Das Zentrum hat also dort weitgehende Konzeptionen gemacht.

Wie wir hören, lehnt Hessen den Gesetzentwurf Reudells in der vorliegenden Form ab. Unverlässliche Voraussetzung für eine andere Fassung, so erklärt Hessen, sei es, daß der Entwurf in Einklang mit der Reichsverfassung gebracht werde, und zwar durch Aenderung der §§ 2, 9 und 20. Unter den einzelnen Bemerkungen und Äußerungen sind von besonderer Wichtigkeit die folgenden: Zu § 1 Absatz 1 wird verlangt, daß in ihm auch der in der Reichsverfassung formulierten Forderung Rechnung getragen werde, bezugnehmend auf die Förderung des Gehalts der Volkervermehrung anzustreben ist. Neben der grundsätzlichen Forderung, daß die nach Bekanntwerden nicht getrennten Gemeinschaftsschulen als Regelschulen anzusehen sind, wird im Gegensatz zu anderen Ländern eine schärfere Trennung von Volksschulungsstellen und Berufsschulen (mittelschen Schulen) gefordert. Die Bekämpfung beider Schularten müsse zu einer Veranlagung der Volksschulungsstellen führen, die ihrem Charakter nach der Berufsschule näher ständen. Zu § 9 wird beantragt, daß nicht nur die neu zu errichtenden, sondern auch die verbleibenden Volksschulen nach Aufbau und Zahl der Klassen und Unterrichtsabteilungen nicht hinter denjenigen Mindesthöhe der Organisation zurückbleiben, die durch Bundesgesetz für verschiedene Ortsgrößen als angemessen festgelegt wird. Dabei geht Hessen von der Forderung aus, daß die Definition des „geordneten Schulbetriebes“ nicht der Reichs-, sondern der Landesgesetzgebung überlassen bleibt. Der Religionsunterricht soll im Verhältnis mit den kirchlichen Instanzen erstellt werden. Als eine selbstverständliche Forderung wird es angesehen, daß die Rollen der eventuellen Schuländerungen vom Reich getragen werden. Ebenso soll die Aufrechterhaltung der Simultanschulen der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Jede Verfestigung durch das Reich wird abgelehnt.

berufen abhängiger Industriezweige abnehmend, so der Baustoffgewerbe, der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen usw. Doch dürfte dieser teilweise Rückgang durch den saisonmäßigen Auftrieb anderer Industrien, die vom Wirtschaftsgesetzlich haben, vorerst noch teilweise ausgeglichen werden. Wie aber wird sich neben diesen saisonmäßigen Veränderungen die Entwicklung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes in der Industrie im Allgemeinen gestalten?

In einer Zeit, in welcher der Vorwurf, im Lager der Konjunkturdessinfizien zu stehen, oft und rasch erhoben wird, tut man gut, sein begütigtes Mißi nachzuweisen. Der Verfasser darf daher daran erinnern, daß er immer und immer wieder davor gewarnt hat, in Konjunkturfragen den Zweifel an die Wand zu malen und durch voreiligen Pessimismus Vertrauenskrise herbeizurufen und zu verschärfen. Er hat fast als einziger während des Jahres 1926 den Kampf gegen die Propheten geführt, die ein dauerndes Jubiläum von 4 1/2 Millionen deutscher Arbeitskräfte ankündigten. Er hat um die Jahreswende (vergl. „Berliner Tageblatt“ Nr. 615 vom 30. Dezember 1926), als die Saisonentlastung die Arbeitslosenziffer rasch um mehrere Hunderttausende steigen ließe, an der Aussicht auf Besserung des industriellen Arbeitsmarktes zweifelsfrei festgehalten. Des Pessimismus sollte er also unbedeutend sein, wenn er, wie übrigens auch in den früheren Aufsätzen, den industriellen Arbeitsmarkt nicht als reiflos gesichert ansieht.

Welchen Rücksicht hat dieser Arbeitsmarkt? Die Weltkonjunktur und unsere Beziehungen zu ihr bieten ihn nur in sehr mäßigem Umfang. Geht man von der Bewegung der Großhandelspreise der wichtigsten Länder aus, so könnten sie sogar auf eine rückgängige Wirtschaftsentwicklung deuten. Allerdings bietet der Großhandelsindex für sich allein kaum einen zuverlässigen Maßstab in einer Zeit, in der die Rationalisierungsbestrebungen immergängig zur Verbilligung führen und in verschiedenen Ländern der Abbau der durch die Weltaufwertung hochgetriebenen Löhne und Preise nach im Gange ist. Aber auch der ausländische Arbeitsmarkt läßt kein wesentliches Anzeichen der Konjunktur erkennen. So hat England nach ansehender Ueberwindung der Nachwehen des Arbeitskampfes im Kohlenbergbau nur etwa den vorherigen Stand seines Arbeitsmarktes wiedererreicht, das heißt es zählt noch über eine Million unterfertigte Arbeitslose, und diese Ziffer scheint neuerdings sogar wieder zu steigen. Andere Länder mit intakter Währung wie die Schweiz, die Niederlande usw., weisen etwa den gleichen Stand des Arbeitsmarktes auf

wie im Vorjahr. Länder mit wieder aufgewerteter Wälu, wie Dänemark, Norwegen und neuerdings auch Italien zeigen ungunstigen Arbeitsmarkt. Teilweise Besserungen der Konjunktur, die aber auf Sonderumständen beruhen, sind u. a. in Polen und in der Tschechoslowakei festzustellen. Der österreichische Arbeitsmarkt liegt weiterhin sehr ungunstig. Ein nennenswerter Konjunkturaufschwung im Ausland liegt nach dem allen wohl nicht vor. Die ausländische Konjunktur ist aber der Ausdruck der ausländischen Kaufkraft. Selbst wenn also deutsche Waren in wichtigen Teilen des Auslandes handelspolitisch günstiger gestellt würden, als dies bisher der Fall war, ist mit einer gesteigerten Aufnahmefähigkeit nur in beschränktem Ausmaß zu rechnen, so weniger als der fallenden Preisenden des Auslandes eine steigende in Deutschland gegenübersteht. Im Warenbestande, für welche die deutsche Kaufkraft etwa eines Tages plötzlich verlagert, an das Ausland abführen zu können, müßten wir ganz erhebliche Preisnachteile eintreten lassen. Solche Verlegenheitsveräußerungen ins Ausland aber sind, das darf hier gegenüber anderen Auffassungen betont werden, nicht nur verlustbringend, sondern auch wenig geeignet, die deutschen Handelsbeziehungen dauernd zu beleben. Im Gegenteil stöpsen sie die ausländischen Lager voll, und wir stehen dann, wie es nach der Inflationzeit der Fall war, im Auslande der Konkurrenz unserer eigenen Waren gegenüber. Wonach wir trachten müssen, das ist, mittels einer aufsparsamer Berechnung beruhenden Preispolitik unsere Ausfuhr, und insbesondere die von Qualitätswaren, gleichmäßig zu entwickeln und zu steigern. Das wird nur auf dem heimischen Markt möglich sein, aber überhaupt nicht, wenn Ueberproduktionen unserer Inlandskonjunktur unseren Preisstand überhöhen.

Wie steht es mit dieser nach dem vorstehend Gesagten einmüßigen isolierten deutschen Inlandskonjunktur? Demgegenüber darf hier eindringlich auf eine mechanische Vergleichung mit den Vereinigten Staaten von Amerika gewarnt werden. Ein solcher Vergleich lahmst zu ziemlich an fälschlichen Gebieten. Zunächst ist die amerikanische Konjunktur seit einer Reihe von Jahren alles andere als sprunghaft gewesen, und sie war mit findenden Preisen verbunden. Ferner hat die Rediskontpolitik des Federal Reserve Board ungleich stärkere Mittel zur ausgleichenden Vereinfachung des Geldmarktes und damit der Konjunktur, als sie bis auf weiteres der deutschen Reichsbank zur Verfügung stehen können. Drittens sind die Vereinigten Staaten in ungleich höherem Maße als Deutschland ein den wirtschaftlichen Ausgleich in sich selbst findendes Gebiet, das nicht annähernd in dem Maße wie wir